

| | | |
|------|------------------------------------|--------|
| 1971 | Ausgegeben zu Bonn am 5. März 1971 | Nr. 16 |
|------|------------------------------------|--------|

| Tag | Inhalt | Seite |
|--|---|-------|
| 3. 3. 71 | Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1971 (Haushaltsgesetz 1971) <small>Bundesgesetzbl. III 2330-1, 2330-2</small> | 129 |
| Hinweis auf andere Verkündungsblätter | | |
| | Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 9 | 144 |
| | Verkündungen im Bundesanzeiger | 144 |

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1971 (Haushaltsgesetz 1971)

Vom 3. März 1971

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1971 wird in Einnahme und Ausgabe auf

100 144 629 700 Deutsche Mark
festgestellt.

§ 2

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für das Haushaltsjahr 1971 Kredite bis zur Höhe von 3 720 000 000 Deutsche Mark aufzunehmen.

(2) Dem Kreditrahmen nach Absatz 1 wachsen die Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr 1971 fällig werdenden Krediten zu, deren Höhe sich aus der Finanzierungsübersicht (Teil II des Gesamtplans) ergibt.

§ 3

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von 7 000 000 000 Deutsche Mark aufzunehmen. Darauf sind die Beträge anzurechnen, die auf Grund von Ermächtigungen früherer Haushaltsgesetze aufgenommen sind.

§ 4

Der Bundesminister der Finanzen kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr Gesellschaften des privaten Rechts vertraglich mit der Finanzierung des Baues von Bundesfernstraßen auf Grund des Artikels 2 Abs. 2 des Straßenbaufinanzierungsgesetzes vom 28. März 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 201), geändert durch das Gesetz über Umstellung der Abgaben auf Mineralöl vom 20. Dezember 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 995), und mit der Finanzierung von Investitionsvorhaben des Wasserstraßenbaues bis zur Höhe von insgesamt 545 000 000 Deutsche Mark beauftragen.

§ 5

(1) Innerhalb der einzelnen Kapitel können verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit)

1. Einsparungen bei Titel 422 01 zur Verstärkung der bei Titel 422 02 veranschlagten Ausgaben;
2. Einsparungen bei Titel 423 01 zur Verstärkung der bei Titel 423 02 veranschlagten Ausgaben;
3. Einsparungen bei Titeln der Gruppen 422, 423, 425 und 426 zur Verstärkung von Ausgaben bei Titeln der Gruppen 443 und 453.

haushaltsjahr 1972 aussschneibt. Die zussätzlichen Planstellen sind mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ zu versehen. Über den weiteren Verbleib ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

(2) Bei der Ermittlung des Anteils der Planstellen der Besoldungsgruppe B 3 auf Grund der Fußnoten 8 und 12 zur Besoldungsgruppe B 3 des Bundesbesoldungsgesetzes sind die Planstellen der Besoldungsgruppe A 16, die mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ oder „künftig umzuwandeln“ versehen sind, nicht zu berücksichtigen. Dies gilt nicht, wenn der Vermerk „künftig wegfallend“ den Zusatz trägt „mit Wegfall der Aufgabe“.

(3) Abweichend von § 49 Abs. 2 der Bundeshaushaltsordnung kann die Einweisung in eine Planstelle mit Rückwirkung bis zum 1. Juli 1971 erfolgen, soweit der Beamte während dieser Zeit die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für die Beförderung erfüllt und die Obliegenheiten dieser oder einer gleichartigen Stelle tatsächlich wahrgenommen hat.

§ 16

(1) Wird ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung unter Wegfall der Dienstbezüge länger als ein Jahr verwendet und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstelle des Beamten neu zu besetzen, so kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Beamten im Einzelplan der abgebenden Dienstbehörde eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Beamten mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen.

(2) Wird der Beamte wieder im Dienst des Bundes verwendet, ist er in eine freie oder in die nächste frei werdende Planstelle seiner Besoldungsgruppe bei seiner Verwaltung einzuweisen; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen; solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 37 Abs. 1 der Bundeshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

(3) Der Bundesminister der Finanzen kann ferner im Einzelplan der zuständigen Dienstbehörde Planstellen für Beamte ausbringen, deren Verwendung demnächst im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung beabsichtigt ist, wenn die Maßnahme keinen Aufschub duldet. Für den Fall, daß Ersatz für Beamte gewonnen werden soll, die in Zukunft bei einer bestehenden oder erwarteten Einrichtung dieser Art verwendet werden sollen oder die durch Teilnahme an zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Konferenzen länger als ein Jahr an der Erfüllung ihrer

gesetztes, beide Bestimmungen eingefügt durch das Sechste Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 31. März 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 257), ohne Dienstbezüge langfristig beurlaubt wird.

(5) Absätze 1, 2 und 3 gelten entsprechend, wenn ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde zur Verwendung in einem Entwicklungsland oder bei einer Auslandshandelskammer oder als Auslandskorrespondent der Gesellschaft für Außenhandelsinformationen m. b. H. ohne Dienstbezüge länger als ein Jahr beurlaubt wird.

(6) Über den weiteren Verbleib der nach den Absätzen 1 bis 5 ausgebrachten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 17

(1) Wird ein planmäßiger Bundesrichter an einem obersten Gerichtshof des Bundes gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 243), zuletzt geändert durch das Vereinsgesetz vom 5. August 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 593), zum Richter des Bundesverfassungsgerichts gewählt, kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Richter im Einzelplan des abgebenden obersten Gerichtshofs des Bundes eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Bundesrichters mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen.

(2) Scheidet der Richter aus dem Bundesverfassungsgericht aus und tritt er wieder zu seinem obersten Gerichtshof des Bundes zurück, ist er in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle derjenigen Besoldungsgruppe bei seinem Gericht einzuweisen, die seinem dortigen Amt als Bundesrichter entspricht; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen. Solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 37 Abs. 1 der Bundeshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

§ 18

(1) Abweichend von § 17 des Ersten Wohnungsbaugesetzes vom 24. April 1950 in der Fassung vom 25. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1047) und von § 20 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 1. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1617), zuletzt geändert durch Artikel III des Wohnungsbauänderungsgesetzes 1968 vom 17. Juli 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 821), können die nach diesen Vorschriften für Maßnahmen zugunsten des sozialen

Mark zur Förderung der Berliner Wirtschaft und des Warenverkehrs mit Berlin nach Richtlinien zu übernehmen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und den sonst beteiligten Fachministern festlegt.

§ 12

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von 24 300 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen

1. zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht möglich ist und ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse an der Durchführung der Maßnahmen besteht;
2. zur Förderung des Verkehrswesens;
3. zur Förderung des Wohnungsbaues, insbesondere des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues, zur Förderung des Baues gewerblicher Räume, wenn der Bau der gewerblichen Räume im Zusammenhang mit dem Bau von Wohnungen steht, sowie zur Förderung der Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden;
4. zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen;
5. für Verbindlichkeiten, die der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank aus der Ausgabe von Schuldverschreibungen erwachsen — zu vergleichen § 3 des Gesetzes über die Zusammenlegung der Deutschen Landesrentenbank und der Deutschen Siedlungsbank vom 27. August 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1001) —;
6. für Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 (Bundesgesetzblatt I S. 565) — Grüner Plan —;
7. zur Förderung der Deutschen Fischwirtschaft;
8. im Zusammenhang mit der Freigabe beschlagnehmter deutscher Auslandsvermögen;
9. für Verbindlichkeiten des Ausgleichfonds aus der Eintragung der Schuldbuchforderungen oder der Aushändigung von Schuldverschreibungen nach § 252 Abs. 3 des Lastenausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 1909), zuletzt geändert durch das Dreiundzwanzigste Gesetz zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 23. Dezember 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 1870);
10. im Zusammenhang mit der Abdeckung von Haftpflichtrisiken, insbesondere aus Anlaß
 - a) des Betriebs von Atomanlagen sowie der Beförderung und Verwendung von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen für friedliche Zwecke,
 - b) des Bezugs solcher Stoffe, soweit dadurch eine Finanzierung aus Haushaltsmitteln vermieden wird;
11. im Zusammenhang mit der Beschaffung von Kernbrennstoffen, die die Europäische Atomgemeinschaft auf Grund bilateraler Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika für Benutzer in der Bundesrepublik bezieht, wenn die Europäische Atomgemeinschaft nach dem Beschluß des Rates vom 5./7. März 1962 die Beschaffung der Kernbrennstoffe hiervon abhängig macht. — Die vertragliche Verpflichtung der Benutzer auf Freistellung des Bundes bleibt unberührt —;
12. für Kredite, die das vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen beauftragte Kreditinstitut im Zusammenhang mit der Gewährung von Kapitalisierungsbeträgen an Versorgungsberechtigte gemäß dem Gesetz zur Sicherstellung der Grundrentenabfindung in der Kriegsoferversorgung vom 27. April 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 413) aufnimmt;
13. für Kredite, die die vom Bundesminister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit beauftragten Einrichtungen zur anteiligen Finanzierung der Investitionskosten von Krankenhäusern aufnehmen;
14. im Falle eines unvorhergesehenen, unabweisbaren Bedürfnisses, insbesondere für Notmaßnahmen.

§ 13

Gewährleistungen nach den §§ 9 bis 12 können auch in ausländischer Währung übernommen werden; sie sind zu dem Mittelkurs, der vor Ausfertigung der Urkunden zuletzt amtlich festgestellt worden ist, auf den Höchstbetrag anzurechnen.

§ 14

(1) Auf die Höchstbeträge der §§ 9 bis 12 werden jeweils die Gewährleistungen auf Grund der entsprechenden Ermächtigungen angerechnet, die in den §§ 9 bis 12 des Haushaltsgesetzes 1970 enthalten sind. Die Anrechnung erfolgt, soweit der Bund noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit er in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachten Leistungen keinen Ersatz erlangt hat.

(2) Soweit der Bund ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für erbrachte Leistungen erlangt hat, ist eine übernommene Gewährleistung auf den Höchstbetrag nicht mehr anzurechnen.

(3) Die Ermächtigungsrahmen der §§ 9 bis 12 können mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für Zwecke der jeweils anderen Vorschriften verwendet werden.

§ 15

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses

des Deutschen Bundestages Planstellen zusätzlich auszubringen, wenn ein unvorhergesehenes und unabweisbares, auf andere Weise nicht zu befriedigendes Bedürfnis vorliegt, das ein Hinausschieben der Entscheidung bis zur Verkündung eines Nachtrags Haushalts oder des Haushaltsgesetzes für das Haushaltsjahr 1972 ausschließt. Die zusätzlichen Planstellen sind mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ zu versehen. Über den weiteren Verbleib ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

(2) Bei der Ermittlung des Anteils der Planstellen der Besoldungsgruppe B 3 auf Grund der Fußnoten 8 und 12 zur Besoldungsgruppe B 3 des Bundesbesoldungsgesetzes sind die Planstellen der Besoldungsgruppe A 16, die mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ oder „künftig umzuwandeln“ versehen sind, nicht zu berücksichtigen. Dies gilt nicht, wenn der Vermerk „künftig wegfallend“ den Zusatz trägt „mit Wegfall der Aufgabe“.

(3) Abweichend von § 49 Abs. 2 der Bundeshaushaltsordnung kann die Einweisung in eine Planstelle mit Rückwirkung bis zum 1. Juli 1971 erfolgen, soweit der Beamte während dieser Zeit die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für die Beförderung erfüllt und die Obliegenheiten dieser oder einer gleichartigen Stelle tatsächlich wahrgenommen hat.

§ 16

(1) Wird ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung unter Wegfall der Dienstbezüge länger als ein Jahr verwendet und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstelle des Beamten neu zu besetzen, so kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Beamten im Einzelplan der abgebenden Dienstbehörde eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Beamten mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen.

(2) Wird der Beamte wieder im Dienst des Bundes verwendet, ist er in eine freie oder in die nächste frei werdende Planstelle seiner Besoldungsgruppe bei seiner Verwaltung einzuweisen; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen; solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 37 Abs. 1 der Bundeshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

(3) Der Bundesminister der Finanzen kann ferner im Einzelplan der zuständigen Dienstbehörde Planstellen für Beamte ausbringen, deren Verwendung demnächst im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung beabsichtigt ist, wenn die Maßnahme keinen Aufschub duldet. Für den Fall, daß Ersatz für Beamte gewonnen werden soll, die in Zukunft bei einer bestehenden oder erwarteten Einrichtung dieser Art verwendet werden sollen oder die durch Teilnahme an zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Konferenzen länger als ein Jahr an der Erfüllung ihrer

dienstlichen Aufgaben verhindert sind, können auf die gleiche Weise Planstellen ausgebracht werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 finden entsprechende Anwendung, wenn eine Beamtin gemäß § 79 a Abs. 1 Nr. 2 des Bundesbeamtengesetzes oder eine Richterin gemäß § 48 a Abs. 1 Nr. 2 des Deutschen Richtergesetzes, beide Bestimmungen eingefügt durch das Sechste Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 31. März 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 257), ohne Dienstbezüge langfristig beurlaubt wird.

(5) Absätze 1, 2 und 3 gelten entsprechend, wenn ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde zur Verwendung in einem Entwicklungsland oder bei einer Auslandshandelskammer oder als Auslandskorrespondent der Gesellschaft für Außenhandelsinformationen m. b. H. ohne Dienstbezüge länger als ein Jahr beurlaubt wird.

(6) Über den weiteren Verbleib der nach den Absätzen 1 bis 5 ausgebrachten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 17

(1) Wird ein planmäßiger Bundesrichter an einem obersten Gerichtshof des Bundes gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 243), zuletzt geändert durch das Vereinsgesetz vom 5. August 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 593), zum Richter des Bundesverfassungsgerichts gewählt, kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Richter im Einzelplan des abgebenden obersten Gerichtshofs des Bundes eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Bundesrichters mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen.

(2) Scheidet der Richter aus dem Bundesverfassungsgericht aus und tritt er wieder zu seinem obersten Gerichtshof des Bundes zurück, ist er in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle derjenigen Besoldungsgruppe bei seinem Gericht einzuweisen, die seinem dortigen Amt als Bundesrichter entspricht; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen. Solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 37 Abs. 1 der Bundeshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

§ 18

(1) Abweichend von § 17 des Ersten Wohnungsbaugesetzes vom 24. April 1950 in der Fassung vom 25. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1047) und von § 20 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 1. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1617), zuletzt geändert durch Artikel III des Wohnungsbauänderungsgesetzes 1968 vom 17. Juli 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 821), können die nach diesen Vorschriften für Maßnahmen zugunsten des sozialen

Wohnungsbaues zu verwendenden Rückflüsse, Erträge, Rückzahlungen oder Erlöse auch für Maßnahmen zugunsten des Wohnungsbaues im Rahmen der Stadt- und Dorferneuerung verwendet werden.

(2) § 19 Abs. 2 Satz 2 des Zweiten Wohnungsbau-gesetzes in der Fassung vom 1. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1617) findet keine Anwendung.

§ 19

Die Deutsche Bundespost wird verpflichtet, die im Haushaltsjahr 1971 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Post-sparkasse auf Grund des § 10 der Zweiten Durch-führungsverordnung (Bankenverordnung) zum Drit-ten Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Um-stellungsgesetz) gegenüber dem Bund zusteht.

§ 20

Die §§ 4, 6 bis 18 gelten bis zum Tage der Verkün-dung des Haushaltsgesetzes des folgenden Haus-haltsjahres weiter.

§ 21

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 22

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1971 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 3. März 1971

Der Bundespräsident
Heinemann

Der Bundeskanzler
Brandt

Der Bundesminister der Finanzen
Möller

Gesamtplan des Bundeshaushaltsplans 1971

Teil I: Haushaltsübersicht

mit Anlage Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen

Teil II: Finanzierungsübersicht

Teil III: Kreditfinanzierungsplan

Gesamtplan

Einnahmen

Teil I Haushaltsübersicht

| Epl. | Bezeichnung | Einnahmen | | | | | |
|------|---|--|------------------------------------|--------------------------------|-----------------|----------------|---|
| | | Steuern und steuerähnliche Abgaben 1971 DM | Verwaltungseinnahmen 1971 DM | Übrige Einnahmen 1971 DM | Summe Einnahmen | | |
| | | | | | 1971 DM | 1970 DM | gegenüber 1970 weniger (-) mehr (+) DM |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 |
| 01 | Bundespräsident und Bundespräsidialamt ... | — | 21 100 | — | 21 100 | 19 300 | + 1 800 |
| 02 | Deutscher Bundestag | — | 174 600 | 4 392 000 | 4 566 600 | 4 627 500 | — 60 900 |
| 03 | Bundesrat | — | 31 700 | — | 31 700 | 33 400 | — 1 700 |
| 04 | Bundeskanzler und Bundeskanzleramt | — | 335 500 | 1 000 | 336 500 | 339 200 | — 2 700 |
| 05 | Auswärtiges Amt | — | 9 036 400 | 112 700 | 9 149 100 | 8 650 900 | + 498 200 |
| 06 | Bundesminister des Innern | — | 6 409 300 | 6 999 600 | 13 408 900 | 13 555 900 | — 147 000 |
| 07 | Bundesminister der Justiz | — | 123 126 900 | 88 600 | 123 215 500 | 120 593 500 | + 2 622 000 |
| 08 | Bundesminister der Finanzen | — | 369 349 400 | 43 006 900 | 412 356 300 | 433 178 200 | — 20 821 900 |
| 09 | Bundesminister für Wirtschaft | — | 10 945 700 | 71 746 700 | 82 692 400 | 32 113 400 | + 50 579 000 |
| 10 | Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . | 1) 10 000 000 | 18 755 300 | 111 332 000 | 140 087 300 | 802 034 300 | — 661 947 000 |
| 11 | Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung | — | 5 645 700 | 94 387 000 | 100 032 700 | 105 702 600 | — 5 669 900 |
| 12 | Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen | — | 177 237 500 | 78 728 100 | 255 965 600 | 266 418 800 | — 10 453 200 |
| 13 | Geschäftsbereich Post- und Fernmeldewesen | 2) 795 000 000 | 7 594 000 | — | 802 594 000 | 772 775 000 | + 29 819 000 |
| 14 | Bundesminister der Verteidigung | — | 292 029 000 | 226 294 000 | 518 323 000 | 450 711 800 | + 67 611 200 |
| 15 | Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit | — | 5 044 000 | 20 992 700 | 26 036 700 | 26 019 700 | + 17 000 |
| 19 | Bundesverfassungsgericht | — | 28 500 | — | 28 500 | 81 500 | — 53 000 |
| 20 | Bundesrechnungshof | — | 13 500 | 6 000 | 19 500 | 23 900 | — 4 400 |
| 23 | Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit | — | 12 943 800 | 187 541 900 | 200 485 700 | 261 061 400 | — 60 575 700 |
| 25 | Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen | — | 4 978 500 | 360 621 200 | 365 599 700 | 362 463 100 | + 3 136 600 |
| 27 | Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen | — | 78 100 | 99 000 | 177 100 | 171 900 | + 5 200 |
| 31 | Bundesminister für Bildung und Wissenschaft | — | 1 281 000 | 14 136 500 | 15 417 500 | 13 890 700 | + 1 526 800 |
| 32 | Bundesschuld | — | 2 952 300 | 3 754 200 000 | 3 757 152 300 | 313 709 000 | + 3 443 443 300 |
| 33 | Versorgung | — | 783 000 | 30 957 000 | 31 740 000 | 30 098 000 | + 1 642 000 |
| 35 | Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte ... | — | 30 011 000 | 24 022 200 | 54 033 200 | 47 633 200 | + 6 400 000 |
| 36 | Zivile Verteidigung | — | 41 495 000 | 543 800 | 42 038 800 | 39 746 100 | + 2 292 700 |
| 60 | Allgemeine Finanzverwaltung | 3) 92 504 900 000 | 404 623 700 | 279 596 300 | 93 189 120 000 | 86 840 109 000 | + 6 349 011 000 |
| | Summe Haushalt 1971 ... | 93 309 900 000 | 4) 1 524 924 500 | 5 309 805 200 | 100 144 629 700 | 90 945 761 300 | + 9 198 868 400 |
| | Summe Haushalt 1970 ... | 88 013 000 000 | 1 103 904 000 | 1 828 857 300 | | | |
| | gegenüber 1970 | | | | | | |
| | mehr (+) | + 5 296 900 000 | + 421 020 500 | + 3 480 947 900 | | | |
| | weniger (-) | | | | | | |

1) Abschöpfungen auf Grund nationaler Vorschriften 10 Millionen DM [Abschöpfungen auf Grund EG-Vorschriften in Epl. 60 veranschlagt — vgl. Fußnote 3)]. —
2) Postablieferung 795 Millionen DM. — 3) Darin nach Abzug der Münzeinnahmen (165 Millionen DM) und der LG-Abschöpfungen (939,9 Millionen DM) Steuereinnahmen in Höhe von 91 400 Millionen DM enthalten. — 4) Verwaltungseinnahmen im weiteren Sinn zuzüglich Postablieferung, Abschöpfungen [vgl. Fußnoten 1) und 3)] = 949,9 Millionen DM] und übrige Einnahmen — ohne Einnahmen aus Krediten = 3 720 Millionen DM — (Spalte 5) = 4 859 629 700 DM.

Gesamtplan

Ausgaben

Teil I Haushaltsübersicht

| Epl. | Bezeichnung | Personal- | Sächliche | Militärische | Schulden- |
|------|---|-----------------------|----------------------|----------------------|----------------------|
| | | ausgaben | Verwaltungs- | Beschaffungen, | dienst |
| | | 1971 | 1971 | 1971 | 1971 |
| | | DM | DM | DM | DM |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| 01 | Bundespräsident und Bundespräsidialamt | 3 932 400 | 2 708 400 | — | — |
| 02 | Deutscher Bundestag | 93 481 400 | 22 421 400 | — | — |
| 03 | Bundesrat | 3 004 000 | 1 310 500 | — | — |
| 04 | Bundeskanzler und Bundeskanzleramt | 32 769 100 | 191 248 000 | — | — |
| 05 | Auswärtiges Amt | 308 572 100 | 75 733 900 | — | — |
| 06 | Bundesminister des Innern | 521 959 000 | 200 700 400 | — | — |
| 07 | Bundesminister der Justiz | 125 168 700 | 36 667 600 | — | — |
| 08 | Bundesminister der Finanzen | 832 908 900 | 318 358 200 | — | — |
| 09 | Bundesminister für Wirtschaft | 139 942 200 | 55 722 300 | — | 18 000 000 |
| 10 | Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten | 99 337 500 | 26 367 700 | — | — |
| 11 | Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung | 83 806 800 | 29 657 300 | — | — |
| 12 | Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen | 450 991 800 | 565 851 900 | — | — |
| 13 | Geschäftsbereich Post- und Fernmeldewesen | — | — | — | — |
| 14 | Bundesminister der Verteidigung | 8 654 393 100 | 2 399 383 700 | 8 435 779 600 | — |
| 15 | Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit | 45 231 900 | 24 192 400 | — | — |
| 19 | Bundesverfassungsgericht | 4 277 500 | 779 500 | — | — |
| 20 | Bundesrechnungshof | 16 048 700 | 2 457 700 | — | — |
| 23 | Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit | 17 737 200 | 16 730 000 | — | — |
| 25 | Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen | 10 085 100 | 8 963 900 | — | — |
| 27 | Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen | 16 319 400 | 7 329 100 | — | — |
| 31 | Bundesminister für Bildung und Wissenschaft | 25 854 400 | 11 666 500 | — | — |
| 32 | Bundesschuld | 9 625 600 | 56 593 600 | — | 2 923 949 200 |
| 33 | Versorgung | 4 026 925 000 | — | — | — |
| 35 | Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte | 190 064 900 | 174 341 000 | — | — |
| 36 | Zivile Verteidigung | 21 936 000 | 141 704 500 | — | — |
| 60 | Allgemeine Finanzverwaltung | 1 564 350 000 | 82 750 000 | — | 3 966 000 |
| | Summe Haushalt 1971 | 17 298 722 700 | 4 453 639 500 | 8 435 779 600 | 2 945 915 200 |
| | Summe Haushalt 1970 | 15 050 391 200 | 4 071 393 000 | 7 643 782 700 | 2 540 833 100 |
| | gegenüber 1970 mehr (+) weniger (-) | + 2 248 331 500 | + 382 246 500 | + 791 996 900 | + 405 082 100 |

Teil I Haushaltsübersicht

Ausgaben

Gesamtplan

| Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke | Ausgaben für Investitionen | Besondere Finanzierungs- ausgaben | Summe Ausgaben | | | Epl. |
|--|----------------------------------|---|------------------------|----------------|---|------|
| | | | 1971 | 1970 | gegenüber 1970 mehr (+) weniger (-) | |
| | | | DM | DM | DM | |
| 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 |
| 750 000 | 282 400 | — 1 430 000 | 6 243 200 | 5 680 800 | + 562 400 | 01 |
| 18 331 800 | 6 209 700 | — | 140 444 300 | 131 280 500 | + 9 163 800 | 02 |
| — | 193 800 | — | 4 508 300 | 3 925 000 | + 583 300 | 03 |
| 10 849 800 | 7 736 900 | — 5 030 000 | 237 573 800 | 218 276 900 | + 19 296 900 | 04 |
| 475 010 100 | 72 640 700 | — | 931 956 800 | 844 900 100 | + 87 056 700 | 05 |
| 365 302 900 | 420 650 800 | — 120 000 | 1 508 493 100 | 1 198 389 600 | + 310 103 500 | 06 |
| 1 965 600 | 4 270 200 | 145 200 | 168 217 300 | 149 258 700 | + 18 958 600 | 07 |
| 71 856 700 | 226 797 300 | — | 1 449 921 100 | 1 273 170 000 | + 176 751 100 | 08 |
| 480 542 400 | 857 166 700 | — | 1 551 373 600 | 1 001 642 600 | + 549 731 000 | 09 |
| 5 715 106 000 | 1 131 785 800 | 13 700 000 | 6 986 297 000 | 7 710 977 400 | — 724 680 400 | 10 |
| 19 487 181 600 | 103 010 500 | — | 19 703 656 200 | 18 767 078 500 | + 936 577 700 | 11 |
| 4 611 928 400 | 6 052 542 100 | — 3 378 000 | 11 677 936 200 | 10 163 124 300 | + 1 514 811 900 | 12 |
| 182 491 000 | 6 524 000 | — | 189 015 000 | 137 095 000 | + 51 920 000 | 13 |
| 996 559 700 | 608 175 900 | 721 778 000 | 21 816 070 000 | 19 223 961 500 | + 2 592 108 500 | 14 |
| 4 036 210 000 | 128 540 800 | 5 500 000 | 4 239 675 100 | 3 516 773 100 | + 722 902 000 | 15 |
| — | 20 500 | — | 5 077 500 | 5 254 500 | — 177 000 | 19 |
| — | 10 505 000 | — | 29 011 400 | 16 951 300 | + 12 060 100 | 20 |
| 877 373 300 | 1 566 218 200 | — | 2 478 058 700 | 2 247 280 600 | + 230 778 100 | 23 |
| 876 310 600 | 1 767 535 500 | — | 2 662 895 100 | 1 921 909 400 | + 740 985 700 | 25 |
| 195 500 500 | 37 055 500 | — | 256 204 500 | 233 373 600 | + 22 830 900 | 27 |
| 1 894 904 700 | 2 137 015 800 | 1 430 000 | 4 070 871 400 | 2 800 583 000 | + 1 270 288 400 | 31 |
| 582 460 000 | 50 127 500 | — | 3 622 755 900 | 2 991 607 300 | + 631 148 600 | 32 |
| 753 095 000 | — | — 693 020 000 | 4 087 000 000 | 3 778 035 000 | + 308 965 000 | 33 |
| 13 950 000 | 262 970 000 | — | 641 325 900 | 605 843 000 | + 35 482 900 | 35 |
| 24 818 500 | 193 448 500 | — | 381 907 500 | 328 947 000 | + 52 960 500 | 36 |
| 8 736 674 800 | 910 400 000 | — | 11 298 140 800 | 11 670 442 600 | — 372 301 800 | 60 |
| 50 409 173 400 | 16 561 824 100 | 39 575 200 | 100 144 629 700 | 90 945 761 300 | + 9 198 868 400 | |
| 46 468 892 000 | 13 551 006 100 | 1 619 063 200 | | | | |
| + 3 940 281 400 | + 3 010 818 000 | — 1 579 888 000 | | | | |

Anlage zur Haushaltsübersicht

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Bundeshaushaltsplan
und deren Inanspruchnahme

| Epl. | Bezeichnung | Verpflichtungsermächtigung 1971 DM | Von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden | | | | |
|------|---|--|---|---------------|---------------|----------------|---|
| | | | 1972 DM | 1973 DM | 1974 DM | 1975 ff. DM | Für künftige Haushalts- jahre DM |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 |
| 02 | Deutscher Bundestag | 1 336 000 | 300 000 | 1 036 000 | — | — | — |
| 04 | Bundeskanzler und Bundeskanzleramt | 102 218 000 | 18 158 000 | 34 060 000 | 35 000 000 | 15 000 000 | — |
| 05 | Auswärtiges Amt | 283 564 100 | 141 881 000 | 72 196 000 | 34 931 100 | 12 265 000 | 22 291 000 |
| 06 | Bundesminister des Innern | 265 584 000 | 131 549 000 | 79 180 000 | 17 950 000 | 405 000 | 36 500 000 |
| 07 | Bundesminister der Justiz | 1 240 000 | 1 240 000 | — | — | — | — |
| 08 | Bundesminister der Finanzen | 173 825 000 | 115 225 000 | 38 600 000 | 20 000 000 | — | — |
| 09 | Bundesminister für Wirtschaft | 1 133 850 200 | 400 845 000 | 255 529 200 | 193 726 000 | 167 500 000 | 116 250 000 |
| 10 | Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten | 660 900 500 | 238 053 000 | 45 987 500 | 41 920 000 | 334 940 000 | — |
| 11 | Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung | 110 590 000 | 29 264 000 | 12 234 000 | 10 394 000 | 38 698 000 | 20 000 000 |
| 12 | Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen | 3 496 074 000 | 2 446 004 000 | 807 270 000 | 222 800 000 | 20 000 000 | — |
| 13 | Geschäftsbereich Post- und Fernmeldewesen | 3 000 000 | 1 500 000 | 1 500 000 | — | — | — |
| 14 | Bundesminister der Verteidigung . | 11 572 685 000 | 5 919 821 000 | 3 146 681 000 | 1 490 348 000 | 1 015 835 000 | — |
| 15 | Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit | 450 740 000 | 36 224 000 | 29 366 000 | 2 000 000 | — | 383 150 000 |
| 23 | Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit | 2 660 355 000 | 439 955 000 | 489 300 000 | 139 700 000 | 76 400 000 | 1 515 000 000 |
| 25 | Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen | 2 621 359 600 | 463 770 000 | 370 452 000 | 71 305 500 | 1 715 832 100 | — |
| 27 | Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen | 10 566 400 | 6 366 400 | 2 200 000 | 2 000 000 | — | — |
| 31 | Bundesminister für Bildung und Wissenschaft | 2 392 868 600 | 1 138 386 200 | 648 187 600 | 246 572 400 | 359 722 400 | — |
| 35 | Verteidigungslasten im Zusammen- hang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte | 60 000 000 | 40 000 000 | 20 000 000 | — | — | — |
| 36 | Zivile Verteidigung | 238 111 100 | 110 412 500 | 60 443 600 | 39 755 000 | 5 000 000 | 22 500 000 |
| 60 | Allgemeine Finanzverwaltung | 58 000 000 | 53 000 000 | 5 000 000 | — | — | — |
| | Summe | 26 296 867 500 | 11 731 954 100 | 6 119 222 900 | 2 568 402 000 | 3 761 597 500 | 2 115 691 000 |

Gesamtplan: Teil II**Finanzierungsübersicht**

| | Betrag für 1971 | Betrag für 1970 |
|---|-----------------|-----------------|
| -- DM -- | | |
| Ermittlung des Finanzierungssaldos | | |
| 1. Ausgaben | 100 144 629 700 | 89 345 761 300 |
| (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrags) | | |
| 2. Einnahmen | 96 259 629 700 | 90 478 661 300 |
| (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen und Münzeinnahmen) | | |
| 3. Finanzierungssaldo | — 3 885 000 000 | + 1 132 900 000 |
| Zusammensetzung des Finanzierungssaldos | | |
| 4. Netto-Neuverschuldung/Netto-Tilgung am Kreditmarkt | | |
| 4.1. Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt | (7 392 707 900) | (3 746 743 900) |
| 4.101 zu allgemeinen Zwecken | 7 392 707 900 | 3 746 743 900 |
| 4.102 zu besonderen Zwecken | — | — |
| 4.2. Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt | 3 672 707 900 | 3 444 643 900 |
| 4.3. Ausgaben zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge | — | — |
| 4.4. Ausgaben für Marktpflege | — | — |
| (vgl. Vermerk zu Kap. 32 01 Tit. 325 11) | | |
| Saldo | — 3 720 000 000 | — 302 100 000 |
| 5. Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen | — | — |
| 6. Rücklagenbewegung | | |
| 6.1. Entnahmen aus Rücklagen | — | — |
| 6.2. Zuführungen an Rücklagen | — | + 1 600 000 000 |
| 7. Münzeinnahmen | — 165 000 000 | — 165 000 000 |
| 8. Finanzierungssaldo | — 3 885 000 000 | + 1 132 900 000 |

Gesamtplan: Teil III

Kreditfinanzierungsplan

| | Betrag für 1971 | Betrag für 1970 |
|--|-----------------|-----------------|
| | — DM — | |
| 1. Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt | | |
| davon voraussichtlich | | |
| 1.1 langfristig | (5 192 707 900) | (2 746 743 900) |
| 1.101 zu allgemeinen Zwecken | 5 192 707 900 | 2 746 743 900 |
| 1.102 zu besonderen Zwecken | — | — |
| 1.2 kürzerfristig | 2 200 000 000 | 1 000 000 000 |
| Summe 1 | 7 392 707 900 | 3 746 743 900 |
| 2. Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt | | |
| 2.1 Tilgung langfristiger Schulden | (1 225 372 900) | (1 198 468 900) |
| 2.101 Schuldbuchforderungen der Träger der Sozialversicherung | 216 200 000 | 203 842 000 |
| 2.102 Bundesanleihen (einschl. der Entschädigung für verspätet vorgelegte oder verlorengegangene Prämienzuschüsse) | 392 100 000 | 332 038 000 |
| 2.103 Bundesschatzbriefe | — | — |
| 2.104 Schuldbuchkredite | — | 50 000 000 |
| 2.105 Schuldscheindarlehen | 100 800 000 | 61 619 000 |
| 2.106 Ausgleichsforderungen und Rentenausgleichsforderungen zur Aufbesserung von Versicherungsleistungen | 49 600 000 | 47 801 000 |
| 2.107 Ausgleichsforderungen nach den Umstellungsergänzungsgesetzen und dem Umstellungsschlußgesetz | 6 500 000 | 6 540 000 |
| 2.108 Ablösungsschuld | 55 300 000 | 28 000 000 |
| 2.109 Altsparerentschädigung und entsprechende Verpflichtungen nach dem Umstellungsschlußgesetz | 13 100 000 | 31 000 000 |
| 2.110 Nachkriegswirtschaftshilfe der USA | 345 272 900 | 345 272 900 |
| 2.111 Im Zusammenhang mit früheren Reichsmarkansprüchen der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) | — | 31 248 000 |
| 2.112 Bereinigte Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen) einschl. Haftung für die österreichische Äußere Anleihe | 27 800 000 | 26 580 000 |
| 2.113 Auf Grund des Gesetzes zur näheren Regelung der Entschädigungsansprüche für Auslandsbonds (Auslandsbonds-Entschädigungsgesetz) | 1 600 000 | 1 474 000 |
| 2.114 Nachkriegsschulden für Verbindlichkeiten der Koka aus Anschlußgebieten sowie Mixed Claims | 100 000 | 14 670 000 |
| 2.115 Auf Grund des Schweizer Abkommens vom 26. August 1952 | 17 000 000 | 18 384 000 |

| | Betrag für 1971 | Betrag für 1970 |
|--|-----------------|-----------------|
| | -- DM -- | |
| 2.2 Tilgung kürzerfristiger Schulden | (2 447 335 000) | (2 246 175 000) |
| 2.201 Kassenobligationen | 1 747 335 000 | 662 175 000 |
| 2.202 Unverzinsliche Schatzanweisungen | 700 000 000 | 1 584 000 000 |
| 2.3 Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge | — | — |
| 2.4 Marktpflege | — | — |
| Summe 2 | 3 672 707 900 | 3 444 643 900 |
| 3. Saldo aus 1. und 2. (im Haushaltsplan veranschlagte Netto- neuerschuldung am Kreditmarkt) | 3 720 000 000 | 302 100 000 |
| 4. Einnahmen aus Krediten von Gebietskörperschaften — einschl. ERP-Sondervermögen und LA-Fonds (im Haushaltsplan ver- anschlagt) | — | — |
| 5. Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften — einschl. ERP-Sondervermögen und LA-Fonds (im Haushaltsplan veranschlagt) | 1 000 000 | — |

Bundesgesetzblatt

Teil II

| Tag | Inhalt | Seite |
|--|---|-------|
| Nr. 9, ausgegeben am 26. Februar 1971 | | |
| 19. 2. 71 | Verordnung zur Durchsetzung der deutsch-österreichischen Vereinbarung vom 25. Januar 1971 über die Errichtung vorgeschobener deutscher Grenzdienststellen im Stadthafen Bregenz | 65 |
| 19. 2. 71 | Verordnung zur Durchsetzung der deutsch-österreichischen Vereinbarung vom 25. Januar 1971 über die Errichtung vorgeschobener deutscher Grenzdienststellen im Bahnhof Salzburg Hbf und über die Grenzabfertigung in Zügen während der Fahrt auf der Strecke Salzburg-München | 68 |
| 19. 2. 71 | Verordnung zur Durchsetzung der deutsch-österreichischen Vereinbarung vom 25. Januar 1971 über die Errichtung vorgeschobener deutscher Grenzdienststellen im Bahnhof Kufstein und über die Grenzabfertigung in Zügen während der Fahrt auf der Strecke Innsbruck-München | 72 |
| 19. 2. 71 | Verordnung zur Durchsetzung der deutsch-österreichischen Vereinbarung vom 25. Januar 1971 über die Errichtung vorgeschobener Grenzdienststellen auf deutschem und auf österreichischem Gebiet am Grenzübergang Schwarzbach-Autobahn/Walserberg-Autobahn | 76 |
| 19. 2. 71 | Verordnung zur Durchsetzung der deutsch-österreichischen Vereinbarung vom 25. Januar 1971 über die Errichtung vorgeschobener deutscher Grenzdienststellen am Grenzübergang Dürrenberg/Neuhäusl | 79 |
| 19. 2. 71 | Verordnung zur Durchsetzung der deutsch-österreichischen Vereinbarung vom 25. Januar 1971 über die Errichtung vorgeschobener österreichischer Grenzdienststellen für den Schiffsverkehr in Passau-Donaulände und in Obernzell (Donau) | 81 |
| 22. 1. 71 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters | 84 |

Verkündungen im Bundesanzeiger

Gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Verkündung von Rechtsverordnungen vom 30. Januar 1950 (Bundesgesetzbl. S. 23) wird auf folgende im Bundesanzeiger verkündete Rechtsverordnungen nachrichtlich hingewiesen:

| Datum und Bezeichnung der Verordnung | Verkündet im Nr. Bundesanzeiger vom | Tag des Inkraft- tretens |
|--|---|--------------------------------|
| 3. 2. 71 Strom- und schiffahrtspolizeiliche Anordnung der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Bremen über die Fahrtgeschwindigkeit auf der Weser | 37 24. 2. 71 | 25. 2. 71 |
| 24. 2. 71 Verordnung zur Änderung von Lotstarifordnungen | 39 26. 2. 71 | 1. 3. 71 |
| 24. 2. 71 Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Entgelte der Kanalsteuerer auf dem Nord-Ostsee-Kanal | 39 26. 2. 71 | 1. 3. 71 |
| 8. 2. 71 Schifffahrtspolizeiliche Anordnung der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hamburg für den Schiffsverkehr auf der Este durch das innere Sturmflut-Sperrwerk bei Hamburg-Cranz | 41 2. 3. 71 | 15. 3. 71 |
| 8. 2. 71 Schifffahrtspolizeiliche Anordnung der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hamburg für den Schiffsverkehr auf der Este durch das äußere Sturmflut-Sperrwerk bei Hamburg-Cranz | 41 2. 3. 71 | 15. 3. 71 |

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn.
Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie für Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesgesetzblatt, 53 Bonn 1, Postfach 624, Telefon 22 40 86 — 88.

Das Bundesgesetzblatt erscheint in drei Teilen. In Teil I und II werden die Gesetze und Verordnungen in zeitlicher Reihenfolge nach ihrer Ausfertigung verkündet. Lautender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. beim Verlag vorliegen. Im Teil III wird das als fortlaufend festgestellte Bundesrecht auf Grund des Gesetzes über Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 (BGBl. I S. 437) nach Sachgebieten geordnet veröffentlicht. Der Teil III kann nur als Verlagsabonnement bezogen werden.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 25,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,65 DM. Dieser Preis gilt auch für die Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1970 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt, Köln 3 99, oder gegen Vorausrechnung bzw. gegen Nachnahme.

Preis dieser Ausgabe 0,65 DM zuzüglich Versandgebühren: 0,15 DM, bei Lieferung gegen Vorausrechnung zuzüglich Portokosten für die Vorausrechnung. Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.